

Stand: 03.05.2026 05:56:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9258

"Für eine kosteneffiziente Energiewende: Mehr Technologieoffenheit in der Kraftwerksstrategie sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9258 vom 09.12.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 67 vom 11.12.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11554 des WI vom 12.03.2026
4. Beschluss des Plenums 19/11624 vom 21.04.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmар Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäumlер, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Für eine kosteneffiziente Energiewende: Mehr Technologieoffenheit in der Kraftwerksstrategie sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene im Rahmen der geplanten Kraftwerksstrategie mit Nachdruck für mehr Technologieoffenheit in der für 2026 vorgesehenen Ausschreibung neuer steuerbarer Kapazitätsleistung bis 2031 einzusetzen. Konkret soll sie darauf hinwirken, dass

1. die gesamten 10 Gigawatt (GW) technologieoffen ausgeschrieben werden,
2. die Ausschreibungsbedingungen so gestaltet werden, dass neben H2-ready-Gaskraftwerken auch Großbatteriespeicher mit einer Mindesterbringungszeit von mindestens 10 Stunden sowie bestehende und neue Biogasanlagen zum Zuge kommen können,
3. die Vergabekriterien Kosteneffizienz, Versorgungssicherheit und Klimaschutzziele bzw. die Vermeidung fossiler Pfadabhängigkeiten gleichermaßen berücksichtigen.

Begründung:

Eine sichere Energieversorgung bei gleichzeitiger Erreichung der Klimaziele erfordert einen technologisch flexiblen Ansatz, der vorhandene Potenziale vollständig ausschöpft. Die aktuell geplante Aufteilung von 8 GW für neue Gaskraftwerke und nur 2 GW mit technologieoffener Ausschreibung wird weder den Möglichkeiten moderner Speichertechnologien noch dem erheblichen Potenzial der Biogasbranche gerecht.

Batteriespeicher mit Erbringungszeiten von 10 Stunden und mehr können die geforderten Anforderungen an steuerbare Kapazitäten vollständig erfüllen. Kostenanalysen zeigen, dass die Investitionskostenförderung für solche Speichersysteme bei rund 450 Euro/kW liegen könnte, während bei H2-ready-Gaskraftwerken mit Förderkosten von etwa 1.000 Euro/kW zu rechnen ist. Batteriespeicher bieten zudem den Vorteil der vollständigen Emissionsfreiheit im Betrieb.

Ferner zeigt eine aktuelle Studie des Instituts für ZukunftsEnergie- und Stoffstromsysteme (IZES), dass Biogas bereits Mitte der 2030er-Jahre signifikante Erdgasanteile im Strom- und Wärmesektor ersetzen kann. Bestehende Biogasanlagen sind bereits vorhanden, flexibel steuerbar und können kurzfristig zur Versorgungssicherheit beitragen – ohne teure Neubauten fossiler Infrastruktur und ohne neue Importabhängigkeiten. Durch die Nutzung von Reststoffen leistet Biogas zudem einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft.

Dagegen sorgt der Bau neuer Gaskraftwerke, die frühestens in den 2030er-Jahren ans Netz gehen und erst langfristig mit Wasserstoff betrieben werden, für teure Lock-in-Effekte und eine verzögerte Dekarbonisierung.

Eine vollständig technologieoffene Ausschreibung schafft echten Wettbewerb, fördert Innovationen, vermeidet Fehlinvestitionen in fossile Infrastruktur und ermöglicht es dem Markt, die jeweils kosteneffizienteste und klimafreundlichste Lösung zu finden.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/9257 und 19/9258 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/9258

Für eine kosteneffiziente Energiewende: Mehr Technologieoffenheit in der Kraftwerksstrategie sicherstellen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatter: **Josef Lausch**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 42. Sitzung am 12. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/9258, 19/11554

**Für eine kosteneffiziente Energiewende:
Mehr Technologieoffenheit in der Kraftwerksstrategie sicherstellen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident